



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Nein, wie er spielt! sagte Nielsine. Gute Nacht, Herr Apptheker, gute Nacht, Frau App — Frau Vönberg, gute Nacht, Fräulein Rörby — Helene, flüsterte sie ihr ins Ohr und lief lachend zu dem Pfarrhof zurück.

Als man auf den dunkeln Boden hinaufgelangt war, sagte Frau Vönberg, die im Dunkeln plötzlich ihren alten Mut wiedergewann: Gute Nacht, Fräulein Rörby! — Und einen guten Rat will ich Ihnen noch geben: Besinnen Sie sich erst, ehe Sie handeln und reden!

Damit verschwanden sie und ihr Gatte.

Und Helene ging auf ihr Zimmer.

Als sie gegangen waren, richtete sich eine Gestalt aus einem Winkel auf und verschwand in Großmutter's Zimmer, nachdem sie mit dem Stock nach der Richtung gedroht hatte, in der Frau Vönbergs Schlafzimmer lag.

Helene setzte sich in Hut und Mantel an das offene Fenster und sah hinaus: die hellen Nächte waren nahe, der Himmel war klar und wolkenlos, nur einzelne Sterne schimmerten matt, und der Mond stand im ersten Viertel. . . .

Wie sollte sie das Leben bei dieser kalten, steifen Frau aushalten? Und es hatte ja kaum begonnen!

Dann schloß sie das Fenster und ging schnell zu Bett. Sie dachte an die Mutter und die Schwester. Nun schliefen sie wohl. Und Katrine saß bei ihrer kleinen Küchenlampe und stopfte Strümpfe und las das Feuilleton in der Abendpost.

Es war der Abend vor Vortag. Jetzt fiel ihr das erst ein. Da waren sie immer mit den Eltern im Frederiksberger Garten gewesen, hatten die Schwäne gefüttert und die Glocken der traulichen kleinen Kirche läuten hören. . . . Ob die Toten herniedersehen konnten? Sie dachte an den Vater. Er hatte die Mutter am letzten Tage so sonderbar angesehen. . . . Ja, um ihretwillen wollte sie leiden!

Dann schlief sie mit nassen Wangen ein.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. Unter den Betrachtungen, die die Presse aller Länder an den Friedensschluß von Portsmouth knüpft, sind am bemerkenswertesten die einiger Pariser Journale, die nichts eiligeres zu tun haben, als nach Petersburg mit einer tiefen Verbeugung und ausgestreckter offener Hand zu versichern, „daß Rußland nun wieder für Frankreich frei geworden sei.“ Das Telegramm des Kaisers Nikolaus an den Präsidenten Loubet zur Beantwortung der französischen Beglückwünschung schießt nicht danach aus, als ob man auf russischer Seite das „Freigewordensein für Frankreich“ zu den dringendsten russischen Friedensaufgaben zähle. Frankreich steht zu England, dem Verbündeten Japans, viel näher als zu Rußland, und je freundlicher sich die Beziehungen Rußlands zu den beiden andern Kaiserreichen, seinen Nachbarn, gestaltet haben, desto inhaltsloser ist der Zweibund geworden, der für Rußland längst kein Objekt mehr hat. Der Zweibund konnte eine Bedeutung nur haben als Zusammenfassung gemeinsamer Interessen gegenüber Deutschland und gegenüber England. Mit Frankreich gemeinsame Interessen gegenüber Deutschland hat Rußland heute nicht mehr, und die antienglische Interessengemeinschaft ist von Frankreich selbst aufgegeben worden, das es vorgezogen hat, sowohl für seine europäischen wie für seine asiatischen Interessen unter den großen Mantel Englands zu schlüpfen. Den Ideengang der französischen Politik haben der Temps und andre Blätter jüngst recht deutlich durch die Einladung an Japan, „das mit einem langen Büffel zu speisen gewohnt sei,“ zu erkennen gegeben, indem sie es aufforderten, sein Augen-

merkt zunächst „auf andre Brocken“ als auf den ostasiatischen Besitz Frankreichs zu richten. Der Hoffnung, daß dieser durch England gedeckt sein werde, wurde dabei offen Ausdruck gegeben.

„Andre Brocken“ sind in Ostasien neben dem deutschen Kiautschou und den Resten der russischen Machtstellung, der gegenüber sich die Japaner einstweilen wohl die Zähne ausgebissen haben, nur noch die amerikanischen Philippinen. Was Kiautschou anlangt, so ist an dieser Stelle schon einmal auseinandergesetzt worden, weshalb Japan gar kein Interesse daran haben kann, sich durch eine Bedrohung oder Wegnahme dieses deutschen Besitzes in dauernde tiefe Gegnerschaft zu Deutschland zu begeben. Der Hafen von Tsingtau, auch wenn er hoffentlich bald gegen einen Handstreich genügend besetzt sein wird, ist für niemand eine Bedrohung; wir wollen dort nicht einen beherrschenden Kriegshafen, kein Port Arthur, sondern ein Handelsemporium errichten, während Japan allerdings sofort einen starken Kriegshafen daraus machen würde und machen müßte. Einstweilen neigen wir zu der Annahme, daß auch den Japanern dort ein die Provinz Schantung abschließendes deutsches Handelsemporium viel wertvoller ist, als es ein japanischer Kriegshafen sein könnte. Entwicklungen in alle Zukunft hinaus lassen sich nicht voraussagen, aber wenn es Leute gibt, die dem „langen Löffel Japans“ den Brocken Kiautschou empfehlen, so mögen sie sich vorsehen, daß nicht sie selbst die Zehne bezahlen. Alle diese Fragen laufen schließlich in einem einzigen Punkte zusammen: bereit sein ist alles! Darum wollen wir still, aber unaufhaltbar und unverdrossen Schiffe bauen und abermals Schiffe bauen, unsre Küsten in einen unantastbaren Verteidigungszustand setzen und die Armee auf der Höhe ihrer Aufgaben halten. Wir können das leisten, wir wollen und — wir müssen es leisten.

In diesem Sinne ist auch die nunmehr gesicherte Verlegung eines Teils der Vulkanwerft an die untere Elbe als der Ausgangspunkt einer neuen großen maritimen Entwicklung zu begrüßen, deren Fortsetzung die Herstellung des Binnenkanals von der Elbe zur Nordsee sein wird und sein muß. Hier liegen Aufgaben vor, die der schaffenden Kraft Deutschlands ein großes und fruchtbares Feld der Betätigung geben. Mit der verbessernden Umgestaltung unsrer Front vermehren wir den Wert des Besitzes, der durch sie gedeckt wird. Für unsre Enkel liegt somit kein Grund zu der Befürchtung vor, daß sie sich auf der Welt langweilen könnten, weil von den Vätern schon alles getan sei. Im Gegenteil! Ihrer harret noch ein großes und aussichtsvolles Stück Arbeit, sie werden nicht dem Rasten und somit auch nicht dem Kosten verfallen. Nur der weite Blick für eine große Zukunft muß immer allgemeiner und verbreiteter Besitz der Deutschen werden als er es heute leider noch ist.

Dem Friedensschluß vorausgegangen ist das neue englisch-japanische Bündnis, über dessen wirklichen Inhalt bis jetzt keine absolut zuverlässigen Angaben veröffentlicht sind. Ohne weiteres ist es doch nicht recht glaublich, daß Japan für die Verteidigung Indiens und der englischen Interessen in Afghanistan und Persien die Landarmee bereitstellt, denn die Interessen und die Absichten Japans können nicht dauernd auf die Stabilisierung einer europäischen Hegemonie in Ostasien gerichtet sein, von der es selbst mehr oder minder abhängig wäre. Existiert dennoch eine solche Abmachung, deren Äquivalent für Japan wohl in der englischen Unterstützung seiner Festsetzung in China liegen dürfte, so hat Japan dabei jedenfalls volle Gelegenheit, die Schwächen der englischen Stellung in Asien kennen zu lernen.

Zimmerhin hat sich England in Europa durch Frankreich, in Asien durch Japan gedeckt und ist damit einstweilen abermals über das Problem der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Großbritannien hinweggekommen. Wie steht es nun aber mit der englischen Stellung in Amerika, das heißt: mit Kanada? Denn neben den durch das englisch-japanische Bündnis und den Friedensschluß zu Portsmouth herbeigeführten Veränderungen der Weltlage ist die Rede zu verzeichnen, die

Präsident Roosevelt am 11. August in Chautauqua gehalten hat. Leicht sind darin recht deutliche Schatten kommender Ereignisse zu erkennen. Die Rede behandelte in ihrem ersten Teile das Lieblingssthema des Präsidenten: die Monroelehre, die tatsächlich durch Roosevelt eine neue weltumspannende Bedeutung erhalten hat. Unvergessen bleibt wohl auch den Japanern sein Ausspruch, daß die Monroelehre bis an die asiatische Küste des Pacific reiche. Das englisch-japanische Bündnis ist nach der amerikanischen Front hin vielleicht noch von größerer Bedeutung als nach der russischen. Man könnte voraussetzen, daß da das Bündnis fast drei Wochen älter ist als der russisch-japanische Friedensschluß, dieses nicht ohne Einfluß auf jenen gewesen ist. Merkwürdigerweise hat Japan aus dem Bündnis keine Rückenstärkung für die Fortsetzung des Krieges entnommen. Im Gegenteil, der Abschluß ist von England wohl erst erfolgt, nachdem man in London die Gewißheit hatte, daß Japan zum Frieden kommen wolle, und England somit kein Risiko laufe, in die jetzige Entwicklung hineingezogen zu werden.

Bekanntlich ist es nicht Englands Einfluß gewesen, der Japan zu einer so weitgehenden Nachgiebigkeit bestimmt hat, sondern die Lage auf dem Kriegsschauplatz. Man darf mit Gewißheit annehmen, daß die Berichte des japanischen Hauptquartiers ausschlaggebend gewesen sind. Ein nochmaliger Sieg über das wesentlich verstärkte und in seiner Leistungsfähigkeit sichtbar gehobene russische Heer war auch um den Preis sehr großer Opfer nicht wahrscheinlich, er würde an der Kriegslage außerdem nicht viel geändert haben, da die Verluste die Ausnutzung des Sieges voraussichtlich verhindert haben würden. Rußlands Position am Konferenztisch hätte mithin keine Verschlechterung erfahren. Wohl aber war mit der Möglichkeit eines Mißerfolgs, der Notwendigkeit eines Rückzugs zu rechnen, wodurch Japans Stellung beim Friedensschlusse wesentlich verschlechtert worden wäre. Die weise Mäßigung der japanischen Politik hatte mithin sehr bestimmte Ursachen, aber es ist jedenfalls anzuerkennen, daß sie es vorzog, lieber ihre weitgesteckten Forderungen fallen zu lassen, als das wirklich Erreichbare durch ein Beharren auf dem Wünschenswerten zu gefährden. Japan, das sich bei der Kriegführung Deutschland zum Muster genommen hatte, glaubte auch den Frieden nach deutschem Vorbilde schließen zu können. Aber dazu fehlten alle Vorbedingungen. Die russische Armee war nicht zerschmettert, sie stand nach zwei Niederlagen dem japanischen Heere stärker und bedrohlicher als zuvor gegenüber. Die japanische Armee hatte den russischen Boden nicht betreten, er wäre auch nach einem abermaligen Siege für sie unerreichbar geblieben. Die großen Erfolge zur See waren neben der Einnahme von Port Arthur allein die Grundlage für Japans Forderungen. Japan konnte sich weder Preußens Stellung vor Wien und in Süddeutschland im Jahre 1866 noch die Deutschlands vor Paris und an der Loire im Januar 1871 zum Vorbilde dienen lassen. Es hat seine letzte Entschließung nur seiner eignen Einsicht und der Erkenntnis entnommen, daß seine militärische Kraft an einer schwer zu überschreitenden Grenze angelangt sei. Englands Rat ist dabei weder erbeten noch befolgt worden, im Gegenteil, man ist in London durch die schnelle Nachgiebigkeit Japans ebenso überrascht worden, wie sie auch für den Präsidenten Roosevelt eine Überraschung war.

Was nun dessen Rede vom 11. August anlangt, so erinnerte er von neuem daran, daß das Hauptziel der Ausdehnung der Monroelehre darin zu suchen sei, von der westlichen Hemisphäre große Militärmächte fernzuhalten, um auf diese Weise die Vereinigten Staaten selbst zu schützen, den Schutz der andern amerikanischen Republiken bezwecke sie erst in zweiter Linie. Allerdings sei die Monroelehre kein Bestandteil des internationalen Rechts, aber die stetig wachsende Macht der Vereinigten Staaten habe ihr mehr und mehr Achtung verschafft. Drei Dinge aber, so erklärte Roosevelt weiter, müßten die Vereinigten Staaten im Auge haben, wenn sie weiterhin an diesen Grundsätzen festhalten wollten: sie müßten klar machen, daß sie keine territoriale Vergrößerung auf Kosten der andern südlich von der Union liegenden Republiken erstreben — Kanada ist also ausdrücklich ausgenommen, ebenso die

andern Besitzungen europäischer Mächte in Amerika —, sie dürften ferner nicht erlauben, daß die andern amerikanischen Republiken hinter der Monroelehre Schutz für ihre Missetaten fänden, und endlich müßten die Vereinigten Staaten, da sie andern Ländern die Einmischung in amerikanische Verhältnisse nicht erlaubten, den amerikanischen Schwesterrepubliken helfen, die nicht allein zu geordneten Verhältnissen gelangen könnten. Bei der nähern Ausführung dieser Punkte bemerkte Präsident Roosevelt, daß die amerikanische Regierung zwar der Ansicht sei, daß Kontraktzforderungen von Amerikanern gegen einen andern Staat nicht durch Waffengewalt eingetrieben werden dürften. Dies sei aber nicht die Auffassung aller Mächte, und die Vereinigten Staaten seien sicherlich nicht gewillt, einen Krieg zu beginnen, weil eine fremde Macht eine solche gerechte Forderung gewaltsam eintreiben wolle. Seines Erachtens aber sollten sich in allen solchen Fällen die Vereinigten Staaten ins Mittel legen und versuchen, ein Arrangement zustande zu bringen, das die Zahlung einer solchen gerechten (!) Forderung, soweit als möglich, herbeiführe. Er wünsche nicht, daß irgendeine fremde Macht dauernd oder zeitweilig die Zollhäuser einer amerikanischen Republik besetze, um sich bezahlt zu machen, er wünsche vielmehr, daß dies, wenn nötig, immer nur durch die Vereinigten Staaten geschehe.

In diesem Punkte geht Präsident Roosevelt jetzt entschieden weiter, als er bisher in seinen Deutungen der Monroelehre gegangen ist; ohne Zweifel entspricht er aber hierin der Stimmung des amerikanischen Volks, das ihm hierin in seiner großen Mehrzahl beipflichten wird. In den Augen der Amerikaner hat Roosevelt das auch sonst wohl unbestrittne Verdienst, die Monroelehre tief in die Überzeugungen seiner Landsleute eingepflanzt und sie stetig weiter entwickelt zu haben. Die Besprechung des dritten der vom Präsidenten als für die Monroelehre wichtig bezeichneten Punkte führt nun ganz von selbst zur Santo-Domingofrage, da sich dieser Staat, sei es nun freiwillig, sei es auf Grund eines zarten Winkes aus Washington, mit der Bitte dorthin gewandt hat, die amerikanische Regierung möge Ordnung in seine chaotischen Finanzverhältnisse bringen. Eine fremde Macht (England), fügte Roosevelt hinzu, sei im Begriff gewesen, sich in die Verhältnisse von Santo Domingo einzumischen, und sei nur durch die Versicherung der Vereinigten Staaten, daß sie der Republik helfen würden, davon abgehalten worden. Diese Hilfe hat nun eigentümliche Formen angenommen. Nach dem noch vom Senat zu genehmigenden vorläufigen Vertrag erhält die Regierung von Santo Domingo nur 45 Prozent der Zolleinnahmen, 55 Prozent werden für die Gläubiger in einer amerikanischen Bank niedergelegt. Dennoch erhält die Regierung von Santo Domingo dabei mehr als sie früher aus den gesamten Zolleinnahmen bezogen hat.

Der Präsident betonte, daß er alle Forderungen der amerikanischen und der andern fremden Gläubiger einer genauen Prüfung unterziehen werde, damit keine ungerechtfertigten Forderungen befriedigt würden. Er hat zu diesem Zweck den Professor Hollander aus Baltimore zur Prüfung der Finanzlage von Santo Domingo nach der Insel und dann nach Europa geschickt, und dieser soll kürzlich in einem Interview erklärt haben, daß die bisher auf 32 Millionen Dollars angenommenen Schulden mit 10 Millionen abgezahlt werden könnten. Mehr betragen bei genauer Prüfung die gerechten fremden Forderungen nicht. An diesen ist englisches Kapital nicht unbedeutend beteiligt, und ein Teil dieser Forderungen ist schon durch Schiedsspruch festgestellt. Es ist bezeichnend und würde einen nicht unbedenklichen Präzedenzfall bilden, wenn sich die Vereinigten Staaten auch die Prüfung solcher Forderungen vorbehielten, über die schon durch Schiedsspruch entschieden ist. Jedenfalls ist das ganze Vorgehen in diesem Falle typisch, die Vereinigten Staaten haben sich damit als eine oberste Instanz für alle Beziehungen der Einzelrepubliken der westlichen Hemisphäre zu Europa etabliert, und es erscheint nur noch als eine Frage der Zeit und der Opportunität, wann die Union den Augenblick

gekommen erachtet, zu erklären, daß auch Kanada in die Einflußsphäre des Sternennanners falle. Vielleicht wird man bis dahin noch erfahren, ob das englisch-japanische Bündnis nicht noch geheime Abmachungen wegen Amerikas enthält.

Einige Blätter regen sich darüber auf, daß Prinz Heinrich nach Flensburg gereist ist, um dort den Besuch des englischen Admirals Wilson zu empfangen und zu erwidern, und sehen darin eine Änderung der Haltung des Kaisers gegenüber dem Flottenbesuch. Tatsächlich ist Prinz Heinrich doch Chef der Ostseestation, und Flensburg liegt, viel mehr als Swinemünde und Danzig, gleichsam vor den Toren von Kiel in seinem Befehlsbereich. Es ist wohl eigentlich selbstverständlich, daß der Chef der Ostseestation, wenn eine so starke fremde Flotte in einem unter ihn gestellten Hafen in der Nähe seines Dienstortes erscheint, die Meldung des Admirals empfängt und seinen Besuch erwidert. Zudem ist Prinz Heinrich ebenso wie der Kaiser Ehrenadmiral der britischen Flotte. Das Unterlassen einer Begegnung mit der Kanalflotte innerhalb seines Befehlsbereichs würde mithin eine direkte Unhöflichkeit gewesen sein. *g*

Die „angebliche Zukunft Rußlands und Japans.“ Unter Posaunenstößen der Reklame hat ein Beamter des Kaiserlichen Statistischen Amtes, Regierungsrat Rudolf Martin, ein Werk im Buchhandel erscheinen lassen, das seinem Titel „Die Zukunft Rußlands und Japans“ den Aufsehen erregenden Untertitel: „Soll Deutschland die Beche bezahlen?“ und „Die deutschen Milliarden in Gefahr!“ hinzufügt, und dessen Inhalt dahin ausmündet, daß der Verfasser „aus nationalen und sozialen Gründen öffentlich Einspruch erhebt gegen die Zulassung neuer russischer Anleihen an deutschen Börsen.“ Wir wollen nicht erörtern, ob es geschmackvoll war, daß Herr Martin seinem Buche eine reklamehafte äußere Ausstattung verliehen, und daß er zugelassen hat, daß sein Verleger in der Ankündigung des Werkes verkündet, „es dürfte in der ganzen Welt das größte Aufsehen erregen, daß ein Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes mit seinem Namen und unter voller Verwendung seines Amtstitels öffentlich gegen jede weitere russische Anleihe an deutschen Börsen Einspruch erhoben hat.“ Aber wenn schon der Verfasser es für gut befunden hat, sich mit besonderm Nachdruck als Beamter des Kaiserlichen Statistischen Amtes in die Öffentlichkeit einzuführen, also mit dem wohlbegründeten wissenschaftlichen Ruf dieser Behörde für sein Werk Propaganda zu machen sucht, dann wird er sich auch nicht wundern dürfen, daß man das pomphafte Buch recht genau darauf prüft, ob es den wissenschaftlichen Anforderungen, die man an ein Mitglied einer solchen Behörde stellen muß, gerecht wird. Das Ergebnis einer solchen Prüfung ist freilich ein andres, als der Verleger in dem Ankündigungsschreiben mitteilt: an „strenger Wissenschaftlichkeit des Buches“ können wir wenig finden! Schon das ungewöhnlich starke Maß von Druckerchwärze, das zu der Hervorhebung der Schlagworte, namentlich in dem letzten Abschnitt: „Deutschland am Scheidewege“ aufgetragen ist, die ganze äußere Ausstattung, die wichtige Art des buchhändlerischen Vertriebs erinnern eher an einen Sensationsroman als an eine wissenschaftliche Arbeit. Die Art der Beweisführung entspricht keineswegs der bei wissenschaftlichen Büchern üblichen Art und Gründlichkeit. Für viele Behauptungen bleibt der Verfasser den Beweis einfach schuldig. Viele anekdotenhafte Einschaltungen und entbehrliche Exkurse, billige nachträgliche Rat schläge, wie man vor hundert und mehr Jahren hätte handeln müssen, eine sonderbare Auffassung des Charakters der französischen Revolution: „Die französische Revolution wird in der Weltgeschichte künftig bezeichnet werden als die kurze Revolution oder die Revolution der kleinen Gegensätze,“ zeigen den wenig wissenschaftlichen Charakter des Werkes. Von entscheidender Bedeutung für die Frage, ob es sich um ein Werk von wissenschaftlichem Werte handelt, ist die Tatsache, daß die Art der Beweisführung wissenschaftlichen Grundsätzen in keiner Weise entspricht. Wer, wie der Verfasser, das Zeug in sich fühlt, die künftige Entwicklung eines großen Staatswesens nicht etwa für wenig Jahre sondern auf hundert und hundertundfünfzig

Jahre vorherzusagen in Behauptungen, die durch ihre naive Kühnheit mindestens überraschen, ein solcher Schriftsteller muß den Grund, auf dem er seine Schlüsse aufbaut, besonders fest und sicher gestalten. Er darf vor allem den Boden der beweisbaren Tatsachen nicht verlassen. In Wahrheit ist das tatsächliche Material, auf das sich der Verfasser stützt, äußerst dürftig. Daß es zum großen Teil, oft seitenlang ununterbrochen, zitterten Schriftstellern entstammt, soll dabei nicht beanstandet werden. Aber daß es durchaus nicht ausreicht, die weitgehenden phantastischen Schlüsse des Verfassers zu stützen, kann nicht scharf genug hervorgehoben werden. Die meisten und wichtigsten Schlussfolgerungen gründen sich überhaupt nicht auf Tatsachen, sondern beruhen auf Schätzungen, unbewiesenen Behauptungen, Prophezeiungen, die dann einfach als Tatsachen behandelt werden.

Durch die ganze Schrift läßt sich verfolgen, wie dem Verfasser das, was er zunächst als Ergebnis seiner subjektiven Auffassung meist ohne ausreichende Anhaltspunkte und mit vielfachen Widersprüchen vorgebracht hat, bald als objektive Tatsache erscheint, und wie er im weiteren Verlaufe der Arbeit ohne Bedenken die so gewonnenen Tatsachen als wirklich vorhanden annimmt. In diesem Durcheinander von Behauptungen und Tatsachen, von Wirklichkeit und Phantasie liegt eine Vernachlässigung der elementarsten Grundsätze wissenschaftlicher Arbeiten. Nachstehend einige Zitate aus dem Buche, die genügen werden für die Behauptung, daß es des wissenschaftlichen Charakters entbehrt. Deutschland hat nach Seite 224 „alle Ursache, mit der Modernisierung Japans zufrieden zu sein.“ Diese Behauptung wird mit der Voraussage begründet: „Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Ausfuhr nach Japan sich in zwanzig Jahren mindestens verdoppelt, wenn nicht verdreifacht haben.“ Worauf sich die Erwartung dieses zahlenmäßigen Verhältnisses stützt, ist nicht dargetan. Gerade von einem Beamten des Statistischen Amtes hätte man in einer wissenschaftlichen Arbeit die Angabe der Stützpunkte für diese Auffassung erwarten dürfen. Auf Seite 128 stellt der Verfasser die durch Sperrdruck besonders kenntlich gemachte Behauptung auf, „der nächste Krieg mit Deutschland würde den Franzosen 30 Milliarden Franken kosten und dann die französische Staatsschuld auf 60 Milliarden erhöhen.“ Warum ein solcher Krieg den Franzosen gerade 30 Milliarden kosten würde, ist nicht erläutert. Damit, daß, wie der Verfasser angibt, der vorige Krieg den Franzosen 10 Milliarden Franken gekostet hat, ist nicht erwiesen, daß sich die Kosten beim nächsten Kriege verdreifachen müssen. Die Multiplikation mit drei erfreut sich bei dem Verfasser auch sonst einer gewissen Beliebtheit. So hätte Rußland die Landung einer japanischen Armee in Korea verhindern können, wenn es anstatt sieben Linienfahrzeuge die dreifache Zahl gehabt hätte (Seite 12). „Trotz einer dreifachen Seeüberlegenheit würde eine doppelte oder dreifache Stärke der russischen Landarmee“ nötig gewesen sein (Seite 12). Auch für den künftigen neuen Krieg zwischen Rußland und Japan muß Rußland „mehr als die dreifache Anzahl von Kriegeren ins Feld stellen“ (Seite 6). Für alle diese zahlenmäßigen Angaben über Vorgänge, die in der Zukunft, wenn nicht nur in der Phantasie des Verfassers, liegen, läßt die Schrift ausreichende Anhaltspunkte und auch nur Andeutungen darüber, worauf sie sich stützen, vermissen. Daß der Verfasser einen neuen russisch-japanischen Krieg erwartet, ist schon erwähnt worden. Über den Zeitpunkt seines Eintretens werden abweichende Angaben gemacht. Nach Seite 111 würden die Japaner schwerlich „vor einer Erholungszeit von etwa fünf Jahren den ernstlichen Versuch machen, den Baikalsee zu umgehen.“ „Schon in fünf bis zehn Jahren dürften sie soweit sein, um den Feldzug auf dem russischen Ufer des Baikalsees fortzusetzen.“ Nach Seite 7 dagegen scheint der Krieg erst „zwanzig bis dreißig Jahre nach seinem Friedensschluß eine neue verbesserte Auflage erleben“ zu sollen, und nach Seite 30 „können für die russischen Machthaber zwingende Gründe vorliegen, schon in zehn bis dreißig Jahren einen Revanchekrieg einzuleiten.“ Dieser neue Krieg kann nach Ansicht des Verfassers für Rußland nur mit einer Niederlage enden. Ebenso sicher wie diese Niederlage ist dem Ver-

fasser die Zurückdrängung der Russen aus dem größten Teile Sibiriens. Auf Seite 26 scheint der Verfasser noch einige Zweifel über solche Behauptungen zu hegen, denn an dieser Stelle ist die Prophezeiung noch in die vorsichtige Form gekleidet: „Weitere Kämpfe in kommenden Jahrzehnten dürften die Russen immer weiter nach Westen zurückdrängen.“ Auf Seite 241 weiß der Verfasser aber schon ganz bestimmt auf einer durch Sperrdruck hervorgehobnen Stelle zu erklären: „In fünfzig Jahren schon wird Rußland den größten Teil Sibiriens an die gelbe Rasse verloren haben.“ So und ähnlich ist mit dem Fortschreiten der Arbeit die Phantasie des Verfassers fortgeschritten; die Möglichkeit wird zur Wirklichkeit, das Futurum zum Präsens.

Daß die japanischen Finanzen und die Wohlstandsverhältnisse von dem Verfasser günstig beurteilt werden, entspricht seiner Grundauffassung. Ob aus dieser Auffassung aber der Schluß abgeleitet werden kann, daß „aller Voraussicht nach“ auch in Zukunft die japanischen Anleihen „regelmäßig höher stehn“ werden als die russischen (S. 227), daß der Nationalreichtum der 45 Millionen Japaner „in wenig Jahrzehnten vielleicht das Nationalvermögen der 142 Millionen Russen erreichen“ wird, sowie daß den Japanern das Geld zur Zivillisierung Koreas und der Mandschurei „haufenweise“ zufließen wird (S. 128), erscheint immerhin fraglich. Jedenfalls ist der Verfasser für diese Behauptungen den Beweis schuldig geblieben. Bei ihm ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Daß die erste russische Volksvertretung die „Trägerin arger politischer und sozialer Kämpfe“ werden wird (S. 198), daß ein russisches Parlament „stets, besonders aber in dem nächsten halben Jahrhundert ein wahrer Born revolutionärer Gefahr“ sein wird (S. 200), und daß „die beginnende russische Revolution auch in dreißig bis vierzig Jahren noch nicht völlig beendet“ sein wird, ist dem Verfasser unumstößliche Wahrheit. Hierfür, ebenso wie für seine Behauptung, daß die revolutionäre Bewegung in Rußland „an Dauer und Stärke die französische Revolution weit überragen“ wird, bleibt der Verfasser jeden Schein eines Beweises schuldig. Als Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes, als das er berufen ist, das wissenschaftliche Ansehen dieser Behörde mit zu wahren, scheint der Verfasser Beweise für seine Behauptungen überhaupt nicht für nötig zu halten. Es genügt ihm, daß er die Behauptung aufstellt, und die „urteilslose Masse“ (S. 136) hats dem Herrn Regierungsrat zu glauben!

Mit den düstern Prophezeiungen über Rußlands Zukunft steht freilich die Darlegung auf Seite 184 nicht ganz im Einklang, wonach die „gewaltige Ausdehnung der Ländermassen“ ein starkes Gegengewicht gegenüber der Revolution sein wird, wonach weiter sich bei der ländlichen Bevölkerung die „Gleichgültigkeit gegen die Revolution in noch stärkerer Maße in Rußland geltend machen“ wird als in Frankreich, und wonach der Zar „schon als Oberhaupt der Kirche“ bei allen „Wechselfällen der großen russischen Revolution bei Millionen Bauern Anerkennung und Unterstützung finden“ wird (S. 186).

Ein Hauptpunkt, auf den der Verfasser seine Prophezeiungen stützt, ist die Lage und die Entwicklung der russischen Landwirtschaft. Die Lage der russischen Landwirtschaft ist „hoffnungslos.“ Dem Verfasser ist es nach Seite 78 zweifellos, daß mit der Mißernte von 1905 eine „wiedereröffnete Reihe der Mißernten“ begonnen hat. Er sieht voraus (Seite 48), daß die innern Getreidepreise in den nächsten Jahren in Rußland sinken werden, es ist ihm sicher (Seite 56), daß die russische Landwirtschaft „die doppelte — warum der Verfasser hier seine Lieblingszahl »dreifach« nicht anwendet, ist nicht klar — Zeit wie die deutsche brauchen“ wird für den Übergang zur Fruchtwechselfirtschaft, es erscheint ihm (Seite 57) „ausgeschlossen, daß die russische Landwirtschaft, die heute den vier- bis fünffachen Ertrag der Aussaat bringt, vor hundert Jahren den zwölffachen Ertrag hervorbringen wird, den die Fruchtbarkeit des russischen Bodens an sich ermöglicht.“ Der Verfasser weiß ganz genau: „erst in fünfzig bis hundert Jahren wird der russische Bauer

wesentlich gebildeter, arbeitslustiger sein als heute. Erst in hundert bis hundertfünfzig Jahren wird er sein lebendes und totes Inventar auf eine Stufe gebracht haben, die ihm eine intensive Wirtschaft annähernd wie die heutige deutsche erlaubt. Das Kapital, das zur Erreichung einer solchen Intensität nötig ist, „schätzt“ der Verfasser (Seite 57) auf „hundert Milliarden Mark“ und rechnet (Seite 59), also nur zwei Seiten später, schon mit diesem also geschätzten Betrage als mit einer Tatsache. Auf Grund solcher und ähnlicher unbewiesener Annahmen wird die Hoffnungslosigkeit der russischen Landwirtschaft dargetan. Wiederholt vergleicht der Verfasser die russischen agrarischen Zustände mit denen vor der französischen Revolution. Ohne irgendwelchen Anhaltspunkt für seine Behauptungen darzubringen, wird auf Seite 87 die Tatsache verkündet: „Der Russe handelt kaum halbmal so schnell wie der Franzose.“ Bezüglich der agrarischen Zustände im heutigen Rußland findet der Verfasser eine erschreckende Ähnlichkeit mit denen Frankreichs vor der großen Revolution (Seite 149). Sie erscheint ihm so groß, daß er ausspricht, die heutigen agrarischen Zustände seien „nur eine Photographie der französischen am Vorabend der großen Revolution.“ Die Behauptung des Verfassers, daß der Durchschnittsertrag pro Hektar Land damals in Frankreich besser gewesen wäre als jetzt in Rußland, daß der russische Bauer von heute frei, der damalige französische aber stark mit Fronen belastet gewesen sei, daß die Rückständigkeit der Landwirtschaft in Frankreich nicht annähernd so groß gewesen sei als die der jetzigen russischen, daß die ländliche Bevölkerung des revolutionären Frankreichs einem stärkeren Steuerdruck unterlegen habe als die heutige russische, daß den russischen Bauern die Erbitterung der französischen gegenüber den Privilegierten fehle, daß die Notwendigkeit zum Übergang der Fruchtwechselwirtschaft in Rußland viel größer sei als damals in Frankreich usw., alle diese und ähnliche Behauptungen des Verfassers machen es dem Leser schwer, die von ihm behauptete photographische Ähnlichkeit herauszufinden. Auch das schlechteste Bild eines Amateurphotographen muß größere Ähnlichkeiten aufweisen, wenn es einigermaßen befriedigen soll. Nach Seite 179 weiß der Verfasser ganz genau, daß „im Jahre 1915 der eiserne Finger der Hungersnot einer ländlichen Bevölkerung von mehr als hundertdreißig Millionen Köpfen an die Tore des russischen Weltreichs klopfen“ wird. Also genau im Jahre 1915! Mit derselben Sicherheit wird Seite 101 verkündet: „Rußland bleibt für die nächsten Jahrhunderte ein Agrarstaat.“ Trotzdem wird wenig Zeilen vorher davon gesprochen, daß die russische Industrie „in den letzten dreißig Jahren Erstaunliches erreicht“ habe, und Seite 139 wird betont, daß „seit dem Jahre 1881 die Industrialisierung erhebliche Fortschritte“ gemacht habe.

Mit zahlreichen beweislosen Annahmen werden die russischen Finanzverhältnisse behandelt. Es kann dahingestellt bleiben, inwieweit des Verfassers allgemeine Voraussetzung, daß das russische Nationalvermögen nicht höher als etwa 120 Milliarden Mark zu schätzen sei (S. 126), und daß eine nennenswerte Steigerung der Staatseinnahmen nicht zu erwarten sei (S. 113 f.) der Wirklichkeit entspricht; hier interessiert nur die völlig unwissenschaftliche Art der Beweisführung. Die jetzige russische Staatsschuld berechnet der Verfasser auf 16 $\frac{1}{2}$ Milliarden Mark. Nach dem Friedensschluß „dürfte“ die Staatsschuld auf 20 Millionen Mark anschwellen (S. 147). „Nach meiner Schätzung,“ führt der Verfasser Seite 68 aus, wird Rußland innerhalb von fünf Jahren mindestens 9 Milliarden Mark (11 Milliarden Franken) aufnehmen,“ in den nächsten zehn Jahren werde es 19 Milliarden Franken aufnehmen müssen (S. 127). In fünf bis sechs Jahren nach dem Friedensschluß „dürfte“ also die gesamte Staatsschuld auf 25 Milliarden Mark wachsen. In zehn Jahren „wird“ Rußland 30 Milliarden Mark zu verzinsen haben (S. 147). In zwanzig Jahren „müssen“ allein für den Schuldendienst 25 Milliarden Mark aufgenommen werden, und in etwa dreißig Jahren werde die Schuld auf etwa 50 Milliarden Mark anschwellen (S. 3). Dabei ist zu beachten, daß die Grundlage dieser Angaben eine Schätzung ist (S. 68), und daß die auf die Schätzung gegründeten Berechnungen von der gänzlichen Unmöglichkeit, die Zinsen im Lande

aufzubringen, ausgehn. Die Gründe für diese Unmöglichkeit sind die schon erwähnten Phantasien über die Hoffnungslosigkeit der russischen Landwirtschaft, über die Undenkbarkeit einer bedeutenden russischen Exportindustrie und über den Mangel einer Steigerungsfähigkeit der russischen Staatsfinanzen. Die Zinsenlast der nach zehn Jahren vorhandenen Schuld berechnet der Verfasser, der selbstverständlich auch über den künftigen Zinsfuß schon jetzt genauestens unterrichtet ist, auf 50 Prozent der jetzigen russischen Nettoeinnahmen. Die etwas merkwürdige Beweisführung ist folgende: Seite 81: „Die französische Staatsschuld stieg von 12 Milliarden Franken vor Ausbruch des Krieges im Jahre 1870 auf $31\frac{1}{2}$ Milliarden Franken im Jahre 1887. Warum soll die Staatsschuld des weniger reichen Rußlands, die $14\frac{1}{3}$ Milliarden Mark vor Ausbruch des Krieges betrug, in zwanzig Jahren nicht auf 40 Milliarden Mark mit einer Verzinsung von 2 Milliarden Mark anschwellen?“ Diese Beweisführung erscheint dem Verfasser so schlagend, daß er sie gesperrt hat drucken lassen. Das Seitenstück dazu findet sich Seite 130. Hier wird nach dem Hinweis auf die französische Staatsschuld von 1870 bis 1887 und auf den jetzigen Bestand der russischen Staatsschuld die Frage gestellt: „Ist es so ganz unwahrscheinlich, daß sie sich in fünfunddreißig Jahren bis auf das zweieinhalbfache, also 50 Milliarden Franken, erhöht haben wird?“ Aus allen diesen Schätzungen und Mutmaßungen werden bei dem Verfasser schließlich Tatsachen. Seite 239 führt er aus: „Kommt der Friede bald, so werden die russischen Staatsschulden fünf Jahre später, wie oben nachgewiesen worden ist, 25 Milliarden Mark ausmachen!“ Auf Seite 81 wird erklärt: „Angeichts der Tatsache, daß fünf Jahre nach Friedensschluß die Zinsen der russischen Staatsschuld ca. 41 Prozent der Einnahme nach Abzug der Betriebsausgaben der Staatsregalien ausmachen, ist nicht anzunehmen usw.“ Zwei Zeilen weiter unten heißt es: „Ganz ausgeschlossen erscheint, daß Rußland in zehn Jahren noch Darlehen aufstreiben kann, wenn seine Zinsschulden mindestens 50 Prozent seiner Nettoeinnahmen ausmachen.“ Auf Seite 60 wird schon ganz bestimmt erklärt: „So werden die russischen Staatsschulden in den nächsten zwanzig Jahren sich verdoppeln.“

Daß der Verfasser auch über die künftige Entwicklung des Zinsfußes schon jetzt sichere Kenntnis hat, wurde schon erwähnt. Er erklärt denn nicht nur Seite 243 allgemein: „In den kommenden zehn Jahren wird der durchschnittliche Zinsfuß der russischen Anleihen steigen!“ sondern er erwartet auch Seite 3 „zum Teil“ eine Verzinsung von $4\frac{1}{2}$ und 5 Prozent und behauptet weiter (S. 249): „Eine fünfprozentige Verzinsung unter Ausgabekurs von 80, also eine wirkliche Verzinsung von mehr als 6 Prozent, dürfte sehr bald die übliche Form werden!“ Hiernach kann es nicht überraschen, wenn Seite 243 ganz präzise erklärt wird: „Die Masse der zu zahlenden Zinsen wird . . . auf 1,2 Milliarden Mark im Jahre 1910 anschwellen.“

Nicht nur über die Entwicklung der russischen Staatsschuld und ihrer Verzinsung, sondern auch über den Anteil des Auslandes an dieser Schuld weiß der Verfasser schon jetzt genau Bescheid. Die Sache ist nach seiner Methode äußerst einfach. Nach Seite 167 hat Rußland von $20\frac{1}{2}$ Milliarden Franken Staatsschulden 13 Milliarden Franken im Ausland untergebracht. Da nach der Schätzung des Verfassers innerhalb von fünf Jahren noch 11 Milliarden Franken aufzunehmen sind, „so dürften davon mindestens 8 Milliarden Franken auf das Ausland entfallen.“ Die ausländische Staatsschuld Rußlands würde sich danach auf 21 Milliarden Franken erhöhen (S. 68). Dementsprechend finden wir auf Seite 242, daß „in fünf Jahren vielleicht 21 Milliarden Franken, in fünfzehn Jahren vielleicht 35 Milliarden Franken“ im Ausland untergebracht sein werden, und „sobald die russische Staatsschuld bei 25 Milliarden Franken angekommen ist, dürften drei Viertel der Staatsschulden im Ausland untergebracht sein“ (S. 135). Das hält der Verfasser offenbar für durchaus schlüssig, er benutzt es, um die Unabweisbarkeit des russischen Staatsbankrotts zu beweisen.

smst 1911/12

Mit dem Zeitpunkt dieses Ereignisses beschäftigt sich der Verfasser mehrfach. Auf Seite 132 begnügt er sich noch mit dem nach Form und Inhalt gleich merkwürdigen Sage: „Der Zeitpunkt des Eintritts des russischen Staatsbankrotts kann früher oder später erfolgen.“ Schon in den ersten Reihen der nächsten Seite erscheint es dem Verfasser „leichter an das Eintreten eines Wunders zu glauben als daran, daß der russische Staatsbankrott noch zwanzig Jahre auf sich warten läßt.“ Auf Seite 241 hat sich aber der Verfasser schon zu der Erkenntnis durchgerungen: „Inmitten der fortschreitenden Revolution wird vielleicht schon in fünf, spätestens in fünfzehn Jahren der russische Staatsbankrott erklärt werden.“ Der Satz ist wegen der großen Bedeutung, die ihm der Verfasser augenscheinlich beilegt, gesperrt gedruckt. Spätestens in fünfzehn Jahren also! Über die segensreichen Wirkungen dieses Ereignisses für Rußland findet sich auf Seite 245 und 246 eine phantastische Schilderung.

Soweit das Tatsachenmaterial aus dem Buche, das mit Leichtigkeit vermehrt werden könnte. Wie angesichts solchen Stoffes eine der ersten Berliner Verlagsbuchhandlungen (Karl Heymanns Verlag) in ihrem Ankündigungsschreiben dem Buche den Stempel der „strengen Wissenschaftlichkeit“ aufdrücken kann, ist uns rein unbegreiflich. Ebenso unbegreiflich ist es, wie in demselben Schreiben das Buch als „russenfreundlich“ bezeichnet werden kann. Wer meine Bekannten öffentlich warnt, mir fernerhin Kredit zu geben, kann wahrlich nicht mein Freund genannt werden! Wenn das Martinsche Druckwerk das Prädikat eines streng wissenschaftlichen Buches verdient, wie es ihm der Verleger nachrühmt, dann ist es wahrlich schlecht bestellt um die sonst mit Recht in der ganzen Welt anerkannte deutsche Gründlichkeit und Wissenschaftlichkeit!

Goethiana. In Familienpapieren finde ich eine Mitteilung von Berthold Niebuhrs Hand, die er für seine Schwägerin Dore Henseler aufgezeichnet hat. Sie lautet wie folgt: „In Weimar besteht eine, vermuthlich stark mit Ausländern gemischte belletristische Societät, deren Koryphäe der berühmte Wilh. Döring ist.*) Lebhaft interessiert darin ist auch Goethes Schwiegertochter, welche in ärgerlichen Verhältnissen mit dortigen Engländern lebt. Man macht da Verse, und ausländische. Die Schwiegertochter ist den alten Dichter angegangen, er solle doch auch beisteuern; da hat er folgendes geschrieben was schwerlich gedruckt wird und so vortrefflich ist, daß ich es dir abschreibe“:

- | | |
|---|--|
| <p>(1) Britisch, Gallisch und Italisich,
Daran scheint es nicht zu fehlen;
Wüßt ich etwas kamtschadalisich,
Möcht ich wirksam mich empfehlen.
Ach ich freute mich zu Tode
Könnt ich Türklisch radebrechen;
Aber Deutsch ist aus der Mode,
Und ich weiß nur Deutsch zu sprechen.</p> | <p>(3) Vom Baume fällt das letzte Blatt,
Die Flur deckt hohen Schnees Lage;
Die Schlitten klingeln durch die Stadt;
Man sieht, es nah die Weihnachtstage.
Doch trittst du zum Salon herein
Und hörst beim Thee und süßen Wein
Zehn Sprachen durcheinander schrein,
So zweifelst du nicht im Geringsten,
Wie draußen Weihnacht, ist hier Pfingsten.</p> |
| <p>(2) Geduld! Verlaß dich auf mein Wort,
Gar Vieles ändert sich auf Erden;
Und geht's nur so ein Weilchen fort,
Wird bald das Deutsche hier am Ort
Als fremde Sprache Mode werden.</p> | <p>(4) Manches läßt die Zeit uns sehen,
Was uns einst gedünkt als Fabel:
Sonst hieß Weimar, Deutsch-Athen,
Jetzt heißt's, das Deutsche Babel.</p> |

*) Der Kirchen- und Schulrat Friedrich Wilhelm Döring kann mit diesem berühmten Namensvetter nicht gemeint sein. Vgl. über ihn Fr. Jacobs Jenaische Allgemeine Literaturzeitung 1838. Intelligenzblatt Nr. 3. 4. Er war von 1786 bis 1832 Direktor des Gymnasiums in Gotha und starb daselbst 1837. Der Verfasser der Biographien der Weimarschen Dichtergößen hieß Heinrich Döring. Sonst habe ich keinen gleichnamigen Mann gefunden, der in Betracht käme.

Niebuhr hat diese in mündlicher Überlieferung umlaufenden Epigramme von seinem Freunde und Verleger Friedrich Berthes erhalten. Er schreibt an ihn mit Bezug darauf aus Bonn vom 17. Dezember 1830*): „Die Goethiana erfolgen hierbei zurück, mit herzlichem Dank. Schönborns Brief ist ein erklärender Beleg dafür, daß er (?) aus der Litteratur verschwinden mußte.“ Er fährt dann fort: „Das heiliegende Paket für Goethe haben Sie die Freundschaft abzusenden, wenn die irdische Unsterblichkeit des ewigen Jünglings nicht inzwischen durch einen neuen Zufall widerlegt ist. Mir wäre es viel werth, wenn er lebte, auch nur noch einzelnes zu lesen.“

Beziehen sich die Worte, „daß er aus der Litteratur verschwinden muß“, nicht auf Schönborn, sondern auf die obigen Epigramme Goethes, so ist dies nicht in Erfüllung gegangen. Eduard Boas hat sie in seinen Nachträgen zu Goethes sämtlichen Werken (Leipzig 1846, 1. Teil, S. 27) mit der Überschrift: „Babylonische Sprachverwirrung“ (Epigramme aus Weimar 1830) in anderer Anordnung, fast wörtlich übereinstimmend mit Niebuhrs Text, abdrucken lassen. Er beginnt mit 1, es folgt 3, 4, den Schluß bildet 2. Abgesehen von der Interpunktion Niebuhrs sind die wichtigsten Abweichungen in 3, nämlich:

Man steht sie nah, die Weihnachtstage.
Und hörst bei Thee und süßem Wein.
Wenn draußen Weihnacht — hier sei Pfingsten —

so dann in 4:

Was uns gedächet als Fabel.

In den Begleitbemerkungen erzählt Boas, daß Ottilie von Goethe 1830 eine intime Zeitschrift begründet habe, für die jeder der Empfänger, ohne seinen Namen zu nennen, zugleich Mitarbeiter sein mußte, wenn sie im Kreise der Eingeweihten umging. Diese Zeitschrift wurde „Das Chaos“ benannt. „Damals herrschte in Weimar die widerwärtige Mode, in Gesellschaften drei bis vier fremde Sprachen zu reden, und dies verdroß unseren Goethe; denn zürnte er auch zuweilen auf die Muttersprache, so liebte er sie doch.“

Wie unerfreulich die Trübungen waren, die in die Herbsttage des „ewigen Jünglings“ fielen, darüber gibt Theodor von Bernhards (Unter Nikolaus I. und Friedrich Wilhelm IV. Briefe und Tagebuchblätter aus den Jahren 1834 bis 1857. Leipzig 1893, S. 91) auch aus mündlichen Berichten Auskunft. Der Archivar Krüger, der ältere Bruder von Goethes ehemaligem Sekretär, „klatst“ mit der üblichen interessierten Menschenfreundlichkeit von August Goethe, der sich ganz „kaput“ gelebt habe. „Der junge Mann hatte zu viel Phantasie, der konnte nicht mit einer Frau leben!“ Auch Ottilie, die Schwiegertochter, habe zu viel Phantasie gehabt. „Courmacher konnte sie nicht entbehren, und mitunter konnte man bemerken, daß irgend ein interessanter Fremder noch wohl mehr als bloßer Courmacher war. Aber der Mann bemerkte das nicht, oder wollte es nicht bemerken; er ging seine Wege und sie ging die ihrigen.“

Boas erwähnt Zweifel an der Echtheit dieser Epigramme. In die Weimarer Ausgabe sind sie, so viel ich habe ermitteln können, bisher nicht aufgenommen worden, vielleicht, weil sie den Herausgebern für apokryph galten. Allerdings steht der Nachtragsband der Gedichte (Ia, V 2) noch aus. Wie dem auch sei, Goethes Art haben die Verse, und die Gewährsmänner Berthes und Niebuhr dürfen als maßgebende Zeugen zuverlässiger Überlieferung angesehen werden. h.

Rückfahrkarten oder Fahrscheine? Da die Rückfahrkarten vor einigen Jahren die Gültigkeitsdauer erhalten haben, die den Fahrscheinen (bei Zurücklegung von 600 bis 2000 Kilometern) zukam, so ist man geneigt anzunehmen, daß beide gleiche Preise haben; zwar gewähren die Fahrscheine kein Freigepäck,

*) Vgl. Lebensnachrichten über Berthold Georg Niebuhr, Band 3, Seite 278.

sie bieten aber gleichsam als Ersatz die Annehmlichkeit, daß man die Fahrt beliebig oft unterbrechen kann. Schlägt man die Gewährung von Freigepäd höher an, als die Möglichkeit öfterer Fahrtunterbrechung, so könnte man meinen, daß die Fahrscheine billiger sein müßten als die Rückfahrkarten. Wie ist es nun in der Wirklichkeit? In gewissen Fällen ist der Preis annähernd gleich, zum Beispiel kostet Frankfurt-Basel-Frankfurt als Rückfahrkarte (zweiter Klasse) 34,70 Mark, als Fahrscheine 34,20 Mark, in andern ganz gleich, zum Beispiel kostet Köln-Frankfurt-Köln als Rückfahrkarte und als Fahrscheine 21 Mark. In andern Fällen aber findet sich ein Unterschied in den Preisen, der dem Verstande gewöhnlicher Menschen unfaßbar ist. Wer zum Beispiel von Torgau nach Frankfurt a. M. und zurück fahren will, stellt sich, wenn er unerfahren ist, ein Fahrscheine (dritter Klasse) in folgender Weise zusammen:

Torgau-Eilenburg	1,40	Mark
Eilenburg-Halle	2,40	"
Halle-Frankfurt	19,10	"
	<hr/>	
	22,90	Mark

also für beide Strecken 45,80 Mark.

Wenn er erfahrener ist, nimmt er seinen Weg über Thüringen mit folgendem Fahrscheine:

Torgau-Eilenburg-Halle	3,80	Mark
Halle-Erfurt	5,20	"
Erfurt-Frankfurt	12,60	"
	<hr/>	
	21,60	Mark

und zahlt in diesem Falle nur 43,20 Mark. Wenn er in die Geheimnisse der Fahrpreise tiefer eingedrungen ist, kauft er sich eine Rückfahrkarte Torgau-Frankfurt-Torgau für 41 Mark, zahlt also 4,80 oder 2,20 Mark weniger, und als Belohnung für seine Kenntnisse läßt ihn die Eisenbahnverwaltung alle Wege benutzen und befördert ihm noch 25 Kilogramm Gepäd frei. Allerdings darf er jetzt die Fahrt nur je einmal unterbrechen. (Weshalb die Beförderung Torgau-Halle-Torgau auf der Rückfahrkarte 7,10, in einem Fahrscheine aber 7,60 Mark kostet, ist ganz unerklärlich, da auf dieser Strecke wohl kaum jemand die Fahrt öfter als einmal unterbricht.)

Vor einigen Jahren wollte ich (von Torgau aus) nach München und zurück fahren, und zwar über Jena, und hier die Fahrt unterbrechen. Hier erwies sich das Fahrscheine billiger als die Rückfahrkarte (58 gegen 60,80 Mark), da ich aber gern einen Koffer frei nach Jena und zurück befördert haben wollte, gestaltete ich meinen Fahrtausweis also:

Torgau-Jena-Torgau Rückfahrkarte mit Freigepäd 14,60 Mark;

nun Fahrscheine, und zwar:

Jena-Saalfeld	2,40	Mark
Saalfeld-Probstzella	1,30	"
Probstzella-München	17,20	"
	<hr/>	
	20,90	Mark

also für beide Strecken 41,80 Mark, die ganze Fahrt Torgau-Jena-München kostete mithin 56,40 Mark. Die Bahnverwaltung gewährte mir also eine Belohnung von 1,60 Mark dafür, daß ich vor jeder Reise mir erst überlege, wie ich mit Benutzung der von der Bahnverwaltung selbst gebotenen Vorteile am billigsten fahre, und beförderte mir auch meinen Koffer frei, wie ich es gewünscht hatte. Wie viel solcher Wunderbarlichkeiten mag es im Bereich der deutschen Eisenbahnen wohl geben, oder sind es keine Wunderbarlichkeiten, und liegt ein tieferer Sinn zugrunde? Wer gibt eine Aufklärung?

C. K.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig